

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
 DR. OLIVER ERNST
 FELIX DANE
 JÖRG KNOCHA
 DR. LARS HÄNSEL
 PD DR. MARTIN BECK
 LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

Was folgt nach der Jasmin-Revolution in Tunesien und den Unruhen in Ägypten?

REAKTIONEN AUS DEM NAHEN OSTEN

THOMAS BIRRINGER

Tunesien und Ägypten: Reaktionen von der Arabischen Halbinsel

Trotz räumlicher Distanz betrachten auch die Regierungen am Golf die Ereignisse in Tunesien und Ägypten mit gemischten Gefühlen. In den Tageszeitungen der letzten Wochen dominierten die Proteste in Nordafrika. Die Stimmen hierzu waren so vielfältig wie die Gesellschaft: Viele Zeitungen und Blogs kommentierten die tunesische Bewegung mit Sympathie.

Zwar konzentriert sich die Diskussion über ihre Folgen weiter vor allem auf Nordafrika, und in den Monarchien am Golf gab es wenige offene Kundgebungen oder Demonstrationen. Doch erkennbar setzt eine Debatte unter den und über die herrschenden Eliten auch am Arabischen Golf ein. Nicht zuletzt die vielen Tunesier und besonders Ägypter, die in den Golf-Staaten arbeiten, sorgen für Diskussionen. In Kuwait nahm die Polizei drei Ägypter fest, die zur Solidarität mit der Heimat aufgerufen hatten.

Die saudische Regierung fiel zunächst mit ihrem Exilangebot für den tunesischen Präsidenten unangenehm auf.¹ Für den in Dubai ansässigen Direktor des Institute for Near East and Gulf Military Analysis, Riad Kahwaji hat die Flucht des tunesischen Präsidenten nach Saudi-Arabien einen fast ironischen Beigeschmack: *"It might be ironic for a person who fought the hijab (Muslim women's head cover) to end up being given asylum in an Islamic state. His*

*wife will have to live veiled, under the law there."*² Auch die saudische Bevölkerung zeigte in den einschlägigen Blogs wenig Verständnis für die Aufnahme Ben Alis. Stimmen wie *"You are not welcome"* oder *"Send him back, please"* kamen vielfach aus dem konservativen saudischen Lager.³ In seiner wöchentlichen Kolumne schrieb der prominente saudische Geschäftsmann Hussein Shobokshi: *"I firmly believe that the slogan of the current era is 'Tunization'. This scenario will be repeated unless we take notice, and fully comprehend what happened in Tunisia"*.⁴ Ungeachtet der Sympathien wünschten sich nur wenige Saudis ähnliche Szenarien wie in Tunesien oder gar Ägypten, wo ganz andere politische und wirtschaftliche Bedingungen vorherrschen.

Mit islamischer Solidarität für das tunesische Volk einerseits und Warnungen vor möglichen Folgen andererseits präsentierte sich auch der Präsident der Arabischen Liga, Amr Moussa zum Auftakt des Arab Economic Summit in Sharm El Sheikh vergangene Woche.⁵ Die sorgfältig abgewogenen Äußerungen ließen auch eine gewisse Unsicherheit über den Ausgang der Dinge erkennen. Wenige Tage später in Davos äußerte er sich im Licht der Ereignisse in Ägypten bereits deutlicher: *"The Arab citizen is angry (...). Reform is the name of the game. And reform has to happen now all over the Arab*

² Al Jazeera online, 16. Januar 2011

³ Blog: Shelter in Saudi: Decision to house Ben Ali criticised

⁴ Al Sharq Al Awsat, 17. Januar 2011

⁵ Al Jazeera online, 19. Januar 2011

¹ Al-Quds al-Arabi, 24. Januar 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRTINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

world.“⁶ Amr Moussas Name wird inzwischen immer wieder im Zusammenhang mit einer Lösung der Situation in Ägypten genannt.

Auch der wichtige saudische Prinz Turki Al Faisal, eher den reformbereiten Kräften in Saudi-Arabien angehörend, äußerte sich skeptisch zur Zukunft des Regimes Mubarak in Ägypten⁷.

Schon die Ereignisse in Tunesien hatten den kuwaitischen Ministerpräsidenten Scheich Mohammed Al Sabah zu besorgten Äußerungen veranlasst: Die arabische Welt erlebe eine bislang einzigartige politische Bewegung⁸. Besonders auffällig sind die Äußerungen aus den – meist nicht frei gewählten - Parlamenten der Golf-Region: *„Political Reform is something that has to happen. This is a spark“*⁹, liess FNC-Mitglied Yousef Al Neaimi aus Ras Al Khaimah (Vereinigte Arabische Emirate) während des Gipfels der Parliamentary Union of Islamic Countries in Abu Dhabi verlauten. Dr. Abdul Raheem al Shaheen, ein weiterer Abgeordneter des Parlamentes der VAE kommentierte die Lage in den arabischen Staaten kritisch: *„This is not an issue about people wanting bread or water. What happened in Tunisia should lead to a rethink in the entire Arab World. We express our support of the choice of the Tunisian People in managing their country and choosing their representatives.“*¹⁰

Worauf die Kritik an dem Präsidenten Ben Ali eigentlich abzielt, und wie vorsichtig man bei der Analyse der einzelnen Pressestimmen sein muss, wird in dem Statement eines Mitgliedes des kuwaitischen Parlamentes, Mubarak Al Khrainje deutlich. Er macht Bin Alis strikte „Anti-Islam-Politik“ für die Proteste verantwortlich und vergleicht ihn mit Kemal Atatürk. Ben Ali hatte u.a. das islamische Kopftuch bekämpft. *„If a presi-*

*dent treats his citizens in this manner, then of course this will happen.“*¹¹

Mit den weiteren Entwicklungen in Nordafrika wächst die Beunruhigung der herrschenden Eliten in den Golf-Staaten. Ägypten ist ein wichtiger Partner im Nahostfriedensprozess, bei dem sich Viele am Golf zumindest inoffiziell und vor allem im Hinblick auf das iranische Atomprogramm im „gleichen Boot“ mit dem Westen sehen. Ägypten liegt in direkter Nachbarschaft zu der Arabischen Halbinsel. Die Angst, dass Ägypten nach einem Sturz Mubaraks ins Chaos stürzt, ist daher am Golf deutlich spürbar, sowohl ökonomisch wie auch politisch. Viele Golf-Staaten haben in Ägypten große Wirtschaftsbeteiligungen und befürchten deren Verlust.

Die offiziellen Reaktionen zu den Ereignissen in Ägypten sind wesentlich klarer als zu Tunesien und sollen meist die Position Mubaraks stärken. Die regierungsnahe saudische Zeitung Al-Watan vergleicht die Proteste mit einem wachsenden Schneeball und verdeutlicht die Sorgen der arabischen Nachbarn: *„What is alarming is that a country of Egypt's size, sensitivity and position cannot tolerate a state of instability and chaos such as the one witnessed in Tunisia. Egypt is the largest Arab country and shares common border with the Zionist entity [Israel], in addition to the fact that it carries the most and sensitive files in the region.“*¹²

Der saudische König Abdullah bekundete sehr deutlich und schnell seine Solidarität zu Hosni Mubarak und verurteilte die Demonstrationen als *„feindliche Sabotageakte“*¹³ Hintergrund ist dabei auch die eigene schwierige Lage: Der betagte König selbst befindet sich nach einer Operation noch in Rekonvaleszenz in Marokko, seine Nachfolge ist intern heftig umstritten, Reformen bleiben meist aus, und die Medien sind nicht frei. Dass unter den deutlichen Kritikern der Revolutionäre in Ägypten immer wieder Sicherheitschef Prinz Nayef auffällt, ist sicher

⁶ The Peninsula, 28. Januar 2011

⁷ ebd.

⁸ ebd.

⁹ The National, 20. Januar 2011

¹⁰ The National, 20.01.2011

¹¹ The National, 20. Januar 2011

¹² Al Watan, 29. Januar 2011

¹³ Qatar News Agency, 29. Januar 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

kein Zufall. Eine Flutkatastrophe, die vor wenigen Tagen die Küstenregion zum Roten Meer um die Stadt Jeddah heimsuchte, hat erneut die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf erhebliche Unzulänglichkeiten im Regierungsmanagement Saudi-Arabiens gelenkt. Es wird inzwischen auch von offenen Protesten dort berichtet.

Auch der kuwaitische Emir Sheikh Sabah Al-Ahmad Al-Sabah stellte sich an die Seite des ägyptischen Präsidenten: *„Kuwait stands with the government and people of Egypt“*¹⁴.

In Bahrain sollten auf Bitten der Sunni Endowment die Selbstverbrennungen sowie die Plünderungen thematisiert und in den Freitagspredigten als unislamisch verurteilt werden.

In den VAE sackten die Aktienkurse zeitweise ein und erholen sich vorerst nur langsam. *„It's a no-man's-land right now,“* so Fadi al Said, *ein Fondmanager bei ING, „Nobody's making any moves until there's clarity on Egypt.“*¹⁵

Für Unruhe sorgt auch die Situation im Jemen. *„Tunisia left, Egypt after it and Yemen in the coming future“* oder *„Ben Ali goes after 20 Years, 30 years in Yemen are enough“*¹⁶ riefen die Sprechchöre in den Straßen von Sanaa die vergangenen Tage. In ihren Protesten fordern sie die Ablösung von Präsident Saleh, bessere Lebensbedingungen, sowie ein Ende der Korruption und der sozialen Ungerechtigkeit. Tawakel Karmam, eine Bürgeraktivistin und Vorsitzende der Gruppe *„Women Journalists Without Chains“* zeigt sich kampfbereit: *„We will fight until the fall of Ali Abdullah Saleh's regime, what's most important now is the jasmine revolution“*. Die Oppositionsparteien sehen sich endlich im Vorteil: Der Präsident solle aus Tunesien seine Lehren ziehen und einen Dialog auf neuen Grundlagen einleiten.¹⁷ Präsident Saleh gerät zunehmend

in die Kritik, Analogien zu Ben Ali werden im Jemen offen zur Sprache gebracht. So wird der jemenitische Politologe Abdullah Al-Faqih auf Al Jazeera online zitiert: *„For his part the president does not know what is happening in the country and seems to be walking down the path as the ousted Tunisian President, despite the calls that are rising and demanding reforms and the return of the constitution.“*¹⁸ Die Proteste verliefen am Südzipfel der arabischen Halbinsel bislang meist friedlich. Allerdings blicken die Jemeniten gebannt nach Ägypten. Es besteht eine Möglichkeit der Nachahmung - vor allem dann, wenn es zu einer weiteren Eskalation am Nil kommt.

Wie in Ägypten dürften sich die USA hinter den Kulissen um einen friedlichen Machtwechsel in Sanaa bemühen. Washington befürchtet, seine wichtigsten Bündnispartner im Nahen Osten zu verlieren. Besonders für Al Qaida wird der Jemen als Ausbildungs- und Rückzugsgebiet immer interessanter. Große Teile des Landes können schon alleine aus finanziellen Gründen nicht ausreichend kontrolliert werden. Auch die jüngsten Proteste müssen daher vor dem Hintergrund der ohnehin bestehenden Konflikte (Houthi-Rebellen im Norden, Unzufriedenheit im ehemaligen Südjemen, Stammesgebiete als Rückzugsraum für Al Qaida) gesehen werden und passen daher nur teilweise in den Kontext Tunesiens oder Ägyptens. Ein Auslöser könnten die Ereignisse in Nordafrika trotzdem sein.

Auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Modelle in den Golf-Staaten verweisen die arabischen Zeitungen zu Recht auf deren Eigenheiten, die Vergleiche schwer machen. Doch es sind auch Parallelen mit Tunesien vorhanden, derer sich die Regierungen am Golf sicherlich bewusst sind, die allerdings kaum öffentlich diskutiert werden. *„Despotic regimes in the Arab world are extremely annoyed at what befell the regime of the deposed president Zine el Abidine Ben Ali“*, fasst Ali Al Ghafli, der Direktor des politikwissenschaftlichen Institutes der United Arab Emirates University die Situation

¹⁴ Kuwait Times, 31. Januar 2011

¹⁵ The National, 31. Januar 2011

¹⁶ laut mehreren Nachrichtenagenturen, u.a. AFP vom 27. Januar 2011

¹⁷ Al Jazeera Online, 25. Januar 2011

¹⁸ Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

zusammen, „*they are adamant in thinking that the Tunisian grassroots intifada is just a phase that will see the mere substitution of one president for another, whereas the spirit and form of despotism will remain in place.*“¹⁹

So gibt es beispielsweise in fast allen Golf-Staaten eine hohe Jugendarbeitslosigkeit. Auch Repressionen, neopatrimoniale Strukturen sowie Korruption sind oft vergleichbar. Nur hält sich hier die Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit der Bevölkerung bislang in Grenzen.

Für die rohstoffreichen Staaten wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar oder Saudi-Arabien stellen die tunesischen Revolutionen sicherlich keine direkte Bedrohung dar. In Anbetracht ihrer immensen Erdöleinnahmen können sie sich durch eine großzügige Alimentierung der eigenen Bevölkerung Zustimmung und vor allem Ruhe sichern. Auch die traditionellere Struktur der Gesellschaft sorgt für eine gewisse Loyalität zum Herrscherhaus.

In Kuwait, Bahrain oder Oman könnte sich die Arbeitslosigkeit hingegen zum sozialen Konfliktstoff entwickeln. Hier gab es in der Vergangenheit immer wieder vereinzelte Protestbewegungen, die sich beispielsweise in Bahrain maßgeblich aus dem oppositionellen schiitischen sog. „Arbeitslosenkomitee“ speiste.

In Kuwait feierte bereits der linksliberale Parlamentsabgeordnete Ahmad Saadun, dass der Sturz von Ben Ali allen Tyrannen in der arabischen Welt eine Lektion sei.²⁰ Preissteigerungen werden in Kuwait immer wieder zum Anlass für Diskussionen genommen. Doch anders als Tunesien ist Kuwait in der Lage, seinen Reichtum als Wohlfahrtsleistungen unter der Bevölkerung zu verteilen.²¹ Der kuwaitische Jurist Faisal al Muslim wurde für seinen Vergleich Kuwaits

¹⁹ Al Khaleej, 18. Januar 2011

²⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. Januar 2011

²¹ Als Reaktion auf die gestiegenen Preise für Lebensmittel Anfang Januar verteilte die Regierung Lebensmittellkarten an die Kuwaitis

mit Tunesien stark kritisiert und nahm daraufhin seine Äußerungen zurück. „*I did not mean for my statements to threaten anyone. I refuse to bring the events of Tunisia over to Kuwait.*“²²

Trotz einiger struktureller Gemeinsamkeiten ist eine Wiederholung der nordafrikanischen Ereignisse auf der arabischen Halbinsel daher einstweilen nicht zu erwarten. Zu groß ist die Akzeptanz der Herrscherfamilien und zu gering die allgemeine Unzufriedenheit. Schließlich dürften viele Ägypter in Dubai, Doha, Abu Dhabi oder andernorts in den Golf-Staaten erfahren haben, dass es durchaus politische Rahmenbedingungen gibt, unter denen man durch Fleiß und Engagement materielle Aufstiegschancen wahrnehmen kann. Dies wünschen sie sich nun auch in ihrem Heimatland.

Trotzdem stehen die Regierungen am Golf vor der wesentlichen Herausforderung, Wachstum und Stabilität zu sichern. Damit erwächst aus den tunesischen und ägyptischen Ereignissen eine neue Nervosität und der Druck für politische und ökonomische Reformen steigt. Sollten die Ereignisse in Tunesien und Ägypten zu stabilen demokratischen und ökonomisch belastbaren Strukturen führen, könnten die Golf-Staaten jedenfalls weniger selbstbewusst als bislang auf ihre bessere Regierungsführung verweisen.

Dr. OLIVER ERNST

„Ägypten ist nicht Iran“ – Reformen und Hardliner in Teheran begrüßen den Umbruch in der arabischen Welt – aus unterschiedlichen Motiven

Die sich in Aufbruchstimmung befindenden arabischen Bevölkerungen haben in Teheran derzeit nur Freunde: Bedingt durch die anhaltende Ungewissheit über die weitere politische Entwicklung sehen beide Seiten – Reformen und Hardliner - gute Möglichkeiten für einen Wandel in der Region nach ihren eigenen Vorstellungen.

²² The National, 21. Januar 2011

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRRINGER
 DR. OLIVER ERNST
 FELIX DANE
 JÖRG KNOCHA
 DR. LARS HÄNSEL
 PD DR. MARTIN BECK
 LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

Für einen islamischen Nahen Osten

Auf den ersten Blick erscheint es überraschend, dass die Hardliner in Teheran, die im Jahr 1999 die Studentenproteste und im Jahr 2009 die Proteste breiter Bevölkerungskreise gegen die von den Oppositionsführern einhellig beklagten Manipulationen der Präsidentschaftswahl und die bis heute anhaltenden Forderungen nach Neuwahlen mit Gewalt niederschlugen, die Rufe nach Reformen in der arabischen Welt deutlich begrüßen. Hierfür gibt es aber mehrere Gründe:

Das Verhältnis der schiitisch dominierten Islamischen Republik Iran ist seit der Islamischen Revolution zu vielen arabischen Staaten äußerst angespannt, da diese sich vehement gegen den seit 1979 von der iranischen Politik propagierten Revolutionsexport wehren. Die starke Unterdrückung der inneren islamistischen Opposition hing daher seit 1979 in diesen Ländern eng mit der Angst vor einer politischen Machtübernahme radikaler islamistischer Gruppen nach iranischem Vorbild zusammen.

Die Entwicklung in Gaza, wo Iran offen die HAMAS unterstützt, und die Lage im Libanon, wo die Hisbollah von Iran gefördert wird, hat neben der – in den arabischen Ländern sehr kritisch gesehenen - massiven Einflussnahme Irans im Irak, zu einer anhaltend negativen Wahrnehmung des Iran und zu einer sehr konfrontativen Haltung vieler arabischer Regime beigetragen.

Durch die nunmehr möglich erscheinende Einbindung islamischer Kräfte in diesen Staaten erhofft sich Teheran nicht nur eine perspektivische Verbesserung seines Verhältnisses zu diesen Ländern, sondern spekuliert darüber hinaus in einem „best case scenario“ auf einen „islamischeren Nahen Osten“. Religionsführer Ayatollah Ali Chamenei wird von den iranischen Medien mit einer Rede zitiert, die seine Haltung bezüglich der aktuellen Lage gut zusammenfasst: „Ich habe keinen Zweifel, dass ein neuer Mittlerer Osten Form annimmt – mit Gottes Hilfe wird es ein Islamischer Naher Osten“.

Doch in den arabischsprachigen iranischen Staatsmedien, wie al-Alam, hält man sich mit euphorischen Hymnen auf das „islamische Erwachen“ zurück, das der Hardliner Ayatollah Ahmed Chatami im vergangenen Freitagsgebet beschworen hatte. Auf eine offene iranische Einflussnahme würde die arabische Bevölkerung wohl auch eher negativ reagieren, und die Reputation der arabisch-islamischen Kräfte würde erheblich beschädigt.

Denn trotz der Offenheit des derzeitigen politischen Prozesses erscheint insbesondere in Ägypten und Tunesien wenig für eine Übernahme des „Iranischen Modells“ zu sprechen. Der nach Ägypten zurückgekehrte Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad begründet dies so: „Ägypten ist nicht Gaza, Ägypten ist nicht Iran. Die Zustimmung für die Muslimbrüder liegt bei nur 15 Prozent.“

Von großer Bedeutung für die iranische Führung ist daher das Verhältnis zum ägyptischen Oppositionsführer Mohamed El-Baradei, der schon seit langem ein Bündnis zwischen säkularen Kräften und den Muslimbrüdern befürwortet und damit erreicht hat, dass sich heute die Muslimbruderschaft als die am besten strukturierte und organisierte Oppositionsgruppe hinter ihm versammelt.

El-Baradei, der als Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) das Atomprogramm des Iran beaufsichtigt hatte, wird traditionell als eher iranfeindlich wahrgenommen. Sanktionen gegen das iranische Nuklearprogramm lehnt er ab, da dieses „nur die Bevölkerung, aber nicht das Regime bestrafe“. Besonders entscheidend ist aber, dass er – im Gegensatz zu Mubarak, der die Iraner als „dicke, fette Lügner“ bezeichnete - die seit 1980 abgebrochenen diplomatischen Beziehungen ohne Vorbedingung wieder aufnehmen will, um eine friedensstiftende Rolle in der Region spielen zu können – eine Rolle, die Ägypten zuletzt der neuen islamischen Regionalmacht Türkei überlassen hatte.

Mit Blick auf Tunesien setzt Teheran auf einen steigenden Einfluss des nach 22 Jahren aus britischem Exil nach Tunis zurückge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRTINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

kehrten Islamistenführers Rachid Ghannouchi. Dieser hat aber vor und nach seiner Rückkehr wiederholt klargemacht, dass er die Einführung der Scharia in Tunesien ablehnt und weder dem iranischen noch dem saudischen Vorbild, sondern eher dem türkischen Modell nachstreben möchte. Seine einst den Muslimbrüdern nahestehende Ennahda-Partei vergleicht er heute daher eher mit der moderaten türkisch-islamischen AKP.

„Wir sind alle Ägypten“

Die grüne Bewegung unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mir Hossein Mussawi begrüßt den Wandel in der Region ebenfalls deutlich: „Ich kann ohne Zweifel sagen, dass der Startpunkt für das, was wir in den Straßen von Tunis, Sanaa, Kairo, Alexandria und Suez beobachten, in Teheran lag, wo Millionen Iraner im Juni 2009 marschiert sind“, kommentierte Mussawi auf seiner Webseite.

Tatsächlich hatte die arabische Welt 2009 mit großem Interesse die Ereignisse in Teheran verfolgt - al-Jazeera hatte damals ausführlich berichtet - zuerst fast euphorisch, wegen der anfänglichen Dynamik der „grünen Bewegung“, dann entsetzt, aufgrund der brutalen Niederschlagung und der demütigenden, unislamischen Schauprozesse gegen - auch in der arabischen Welt renommierte - Akteure des schiitisch-sunnitischen Dialogs, wie den ehemaligen Vizepräsidenten Ali Abtahi.

Die grüne Bewegung konnte 2009 ihre politischen Forderungen nicht durchsetzen. „Mit großem Interesse, aber, aufgrund der eigenen, schlechten Erfahrungen auch mit Vorsicht, beobachten viele Iraner die Ereignisse in der arabischen Welt - und manche vergleichen sie mit der grünen Bewegung“, berichtet eine Politikwissenschaftlerin aus Teheran.

Doch die Lage könnte auch bald in Teheran wieder eskalieren: Oppositionelle Medien rufen bereits seit Tagen zu Demonstrationen anlässlich des iranischen Revolutionsfeiertages am 12. Februar auf.

Erstmals in der iranischen Geschichte würde die Reformbewegung im Iran durch eine Aufbruchsituation in der Region unterstützt, die zeigt, dass die Menschen in der Region, insbesondere die junge Generation, Menschenrechte, Demokratie und Freiheit auch im islamisch geprägten Kulturraum des Nahen- und Mittleren Ostens einfordern.

Und - anders als noch im Jahr 2009 - kann die iranische Führung die Proteste der heimischen Reformbewegung nicht mehr als vom Westen gelenkt diffamieren, während sie gleichzeitig die Proteste in den arabischen Staaten bejubelt.

60 Prozent der Iraner sind nach der Revolution von 1979 geboren und wollen in einem modernen, offenen Iran leben. Fünf Millionen Iraner sind seit der islamischen Revolution aus dem Land geflohen. Auch sie hoffen darauf, dass sich die Situation ändert und sie wieder in ihre Heimat zurück kehren können.

Die anhaltenden Prozesse gegen Oppositionelle und die Hinrichtungen der letzten Tage und Wochen zeigen aber, dass die iranische Führung weiterhin mit aller Härte gegen den demokratischen Aufbruch und die Reformkräfte im Iran vorgehen wird. Hier folgt man der Strategie des Revolutionsführers Imam Chomeini, der nach dem Sturz des Schah gesagt hatte, die Fehler des Schah nicht wiederholen zu wollen: Unter Druck Kompromissbereitschaft zu zeigen, führte zu noch mehr Druck – dem gestürzten tunesischen Präsidenten Ben Ali ist die Nichtbeachtung dieser Erkenntnis Chomeinis bereits zum Verhängnis geworden. Das Regime in Teheran wird es der eigenen Opposition nicht so leicht machen.

FELIX DANE, JÖRG KNOCHA

Die Probleme der Palästinenser und Tunesier sind fundamental verschieden

In den Tagen nach der sog. Jasminrevolution kam es in den Palästinensischen Gebieten im Gegensatz zu einigen anderen arabischen Staaten zu keinen größeren Kundge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

bungen. Das liegt darin begründet, dass die Palästinenser eine relativ hohe Meinung von der eigenen politischen Führung haben.

Auch sehen sie den wichtigsten Grund ihrer Probleme in der israelischen Besatzung. Erst danach folgen Kritik an der noch zu verbessernden Regierungsführung (Nichtabhaltung von mehreren Wahlen!) und der Korruption.

Die Reaktion von Politik, Medien und Volk

Die Politik war in ihren Verlautbarungen äußerst zurückhaltend. Die Auflösung einer kleinen Demonstration in Ramallah zeigt aber das anfängliche Maß an Verunsicherung der Palästinenserführung. Awni Al-Mashni, ein führender Vertreter der Fatah, äußerte neben seiner Besorgnis über die Stabilität Tunesiens die Befürchtung, dass es sich bei den Ereignissen lediglich um die Nachahmung westlicher Ideen handelt und nicht um etwas speziell Arabisches. Die Autonomiebehörde zögerte im Prozess einer klaren Meinungsbildung vor allem deshalb, weil die zukünftige Ausrichtung Tunesiens noch unklar ist. Das hat auch damit zu tun, dass die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) von 1982 bis 1993 ihr Hauptquartier in Tunis hatte und so enge Beziehungen zu Staatsgründer Habib Bourguiba, aber auch zu dem jetzt gestürzten Staatspräsidenten Zine el-Abidine Ben Ali pflegte. Die ambivalent-zurückhaltende Position ist aber auch einem Lernprozess geschuldet. Nachdem die Truppen Saddam Husseins 1990 das Emirat Kuwait überfielen, schlug sich die PLO auf die Seite des Irak. Eine Entscheidung, die man noch auf Jahre bereuen sollte.

Die großen palästinensischen Tageszeitungen wie al-Quds, al-Ayyam und al-Hayat al-Jadida berichteten in den Tagen um den Sturz von Präsident Ben Ali ausführlich über die Ereignisse in Tunesien. Sie gingen dabei auch schon frühzeitig auf die Forderungen und Motivationen der Demonstranten ein und kritisierten die „eiserne Hand“ des Regimes. Berichtet wurde auch darüber wie Präsident Abbas kurz vor der Flucht Ben Alis nach Saudi Arabien mit diesem telefonierte, um sich über den Stand der Dinge zu informieren. Vergleiche zur Situation der Palästi-

nenser fanden sich hauptsächlich in kleineren Publikationen im Internet. Wahlweise übernahmen dabei die Israelis bzw. die Palästinenserführung die Rolle des tunesischen Regimes. Auch die Berichterstattung über die Auflösung einer kleinen Solidaritätsdemonstration durch Sicherheitskräfte in Ramallah nach dem Sturz Ben Alis war eher verhalten und fand vor allem durch palästinensische Nachrichtenagenturen wie Ma'an statt. In den Analysen und Kommentaren verschiedener palästinensischer Medien fand sich ein breites Spektrum an Meinungen. Viel Lob gab es dabei für den Mut der Tunesier, um ihre Freiheit zu kämpfen. Berichte über das mögliche Entstehen „der ersten arabischen Demokratie“ und die erste Revolution gegen einen arabischen Despoten durch Volkes Hand waren wiederum eher in kleinen, unabhängigen Online-Publikationen oder auf den Internetseiten der palästinensischen Nachrichtenagenturen zu finden. Häufiger hingegen konnte man von der Sorge lesen, dass Tunesien in ein führungsloses Chaos, in Anarchie oder gar in ausufernde Gewalt abgleiten könnte. Hafiz Barghouthi, Chefredakteur von al-Hayat al-Jadida, äußerte die Befürchtung, dass ein Zusammenbruch der öffentlichen Sicherheit „das Eigentum der tunesischen Bevölkerung zerstören und deren Wohlergehen gefährden könnte.“

Wie die meisten ihrer arabischen Landsleute verfolgten die Palästinenser die Ereignisse sehr genau und waren daran interessiert, was an der arabischen Peripherie vor sich ging. In vielen kleinen Läden konnte man beobachten, wie kleine Gruppen von Palästinensern sich um einen Fernseher versammelten, um die Berichterstattung durch einen der arabischen Satellitensender zu verfolgen. Von einem möglichen Übergreifen war aber nirgends etwas zu spüren. Die Umfrageergebnisse des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR), eines Partners der KAS Ramallah, können helfen, dies zu erklären. Nur eine Minderheit ist mit der Amtsführung von Ministerpräsident Salam Fayyad, Präsident Mahmoud Abbas und Hamas-Ministerpräsident Ismail Haniyeh unzufrieden. Die größten Probleme – Arbeitslosigkeit und mangelnde Bewegungsfreiheit – verbinden die Palästinenser primär

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRTINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

mit der israelischen Besatzung und weniger mit der eigenen politischen Führung.

Darüber hinaus gibt es aber noch einige oft vernachlässigte Gemeinsamkeiten und Unterschiede, die erklären, warum Tunesien und die Palästinensischen Gebiete anfällig für Massenbewegungen sind, es im Westjordanland und Gaza aber dennoch ruhig blieb.

Parallelen

Wie Tunesien ist das historische Palästina seit Tausenden von Jahren durch urbane Zentren geprägt. Daher spielt auch das Nomadentum schon lange keine wichtige Rolle mehr. Wie das im heutigen Tunesien gelegene Karthago war auch Jerusalem für das Römische Reich von herausgehobener Bedeutung. Es kam in beiden Gebieten zu intensiven römischen Infrastrukturprojekten, da Tunesien und Palästina als Brückenköpfe nach Afrika bzw. den Mittleren Osten galten. Diese historisch und geographisch begründete Legitimität und die Nähe zu Europa legten das Fundament für die ethnische Homogenität beider Gebiete und das Vorhandensein einer relativ starken Mittelschicht. Erst durch die jüdischen Einwanderungswellen ab Ende des 19. Jahrhunderts entstand in Palästina eine größere ethnische Diversifizierung. So ist es auch nicht verwunderlich, dass beide Gebiete in den letzten Jahrzehnten durch politische Führer geprägt waren, die eifrige Verfechter von Säkularismus, Bildung und Frauenrechten waren. Yassir Arafat, was immer man über seine Rolle im palästinensischen Widerstand und Terrorismus auch halten mag, ist in vielerlei Hinsicht das Spiegelbild des tunesischen Staatsgründers Bourguiba. Gemeinsam ist beiden auch der Hang zu einer autoritären Regierungsführung.

Differenzen

Die Unterschiede liegen im Verhältnis zu Israel und dem politischen Wandel nach dem jeweiligen Verschwinden der großen nationalen Leitfigur. Der tunesische Präsident Bourguiba trat schon lange vor dem Frieden zwischen Israel und Ägypten für einen Ausgleich mit Israel ein. Die Palästinenser

hingegen, die seit 1967 gegen die Besatzung von Gazastreifen, Westjordanland und Ost-Jerusalem kämpfen, konnten sich zu Lebzeiten von Arafat lange keinen Frieden mit Israel vorstellen. Durch die Schuld beider Seiten kam es erst Jahrzehnte nach dem Sechstagekrieg zu ersten offiziellen Kontakten und Abkommen. Das gegenseitige Misstrauen verhinderte aber eine Umsetzung bestehender Verträge.

Der zweite große Unterschied liegt im politischen Wandel nach Bourguiba bzw. Arafat. In Tunesien fand nach 1987 ein schleichender Abbau von politischen und persönlichen Freiheitsrechten statt, während der Tod Arafats im Jahr 2004 zu einem genuinen Demokratisierungsprozess mit freien Wahlen und einem Regierungswechsel führte. Diese Fokussierung auf eine gute Regierungsführung findet bei den Palästinensern gegenwärtig zwar nur noch im Westjordanland statt, da der Gazastreifen seit Juni 2007 allein von der Hamas kontrolliert wird, doch die Regierung des technokratischen Ministerpräsidenten Salam Fayyad hat dafür umso erstaunlichere Erfolge, wie ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum und eine deutlich verbesserte Sicherheitslage, vorzuweisen. Besatzung von außen und eine gute Regierungsführung im Inneren machen im Fall der Palästinenser den Unterschied aus.

Dr. LARS HÄNSEL

Israel: Sorge um Friedensvertrag und Stabilität

Die Ereignisse der vergangenen Tage in den benachbarten arabischen Staaten wurden in Israel mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Dabei standen die Ereignisse in Ägypten im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, auch wenn die Entwicklungen in Tunesien, die Demonstrationen in Jordanien, im Gazastreifen, im Jemen und weiteren arabischen Staaten genau verfolgt wurden. Größte Sorge gilt in Israel dem strategisch wichtigen israelisch-ägyptischen Friedensvertrag und der Stabilität in der Region.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

In Israel fühlten sich angesichts dieser Entwicklungen diejenigen bestärkt, die den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht als zentralen Grund für die Umwälzungen und die Destabilisierung in der Region sehen. Beobachtet wurde deshalb genau, dass die Demonstranten keine Forderungen etwa in Bezug auf israelische Konzessionen in Bezug auf die Palästinenser, Aufhebung der Blockade von Gaza o. ä. erhoben. Die Forderungen der „arabischen Straße“ gegenüber ihren Regierungen richteten sich auf die Bekämpfung von Armut und Korruption, Kampf um Freiheit, Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation, Entwicklungsmöglichkeiten etc.

Während sich Politiker in Israel auffallend zurückhielten, solidarisierten sich israelische Araber in Demonstrationen etwa in Haifa, Jaffa und arabischen Dörfern deutlich mit den Demonstranten in Ägypten und Tunesien im Kampf gegen korrupte Regime, die von arabisch-israelischen Politikern vor allem in Ägypten als Partner des „imperialistischen Amerika“ gesehen werden.

Vor allem die Demonstrationen in Ägypten und das schnelle Ende der Regierung kam für Beobachter und Analysten in Israel überraschend. Noch vor wenigen Tagen hielt man die Regierung Mubarak für stabil und sah einen möglichen Wandel eher im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen. Allerdings raten Beobachter auch hier abzuwarten, ob nicht Mubarak bzw. sein enger Vertrauter Omar Suleiman die Lage wieder in den Griff bekommen.

In Israel wurde angesichts der rasanten Entwicklungen darüber diskutiert, wie weit Geheimdienstinformationen und politische Analysen und Strategien tragen, die auch für die Sicherheit des Staates Israel von entscheidender Bedeutung sind. Ägypten wurde in Sicherheitsanalysen Israels nicht als Bedrohung gesehen, auch wenn Einzelne, wie etwa der jetzige Finanzminister und frühere Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Knesset, Yuval Steinitz, dies als Fehler betrachteten und in der Vergangenheit auf die massive militärische Aufrüstung Ägyptens hinwiesen.

Als erste konkrete Auswirkung hat die israelische Armee angekündigt, die Truppen im Süden des Landes zu verstärken. Bisher galt die Grenze zu Ägypten als ruhig, nicht zuletzt aufgrund der Sicherheitsarrangements im Rahmen des Friedensvertrages, die u. a. eine internationale Beobachtertruppe im Sinai vorsahen. Mittelfristig dürfte die Entwicklung auch deutliche Auswirkungen auf die Sicherheitsstrategie Israels und militärische Operationspläne haben – unabhängig von den konkreten weiteren Entwicklungen in Ägypten.

Beobachter in Israel haben zudem die Sorge, dass nun die Friedensverträge mit Ägypten (und möglicherweise Jordanien) zurückgenommen werden könnten. Schon früher hatte vor allem die Muslimbruderschaft dies von der ägyptischen Regierung gefordert. Die Friedensverträge waren von Israel nicht zuletzt geschlossen worden, um Sicherheit zu erlangen. Der Frieden mit Ägypten (und Jordanien) war zwar ein „kalter Frieden“ sowie ein Frieden unter Eliten, der auf arabischer Seite vor allem von der Öffentlichkeit, Verbänden, Akademia etc. nicht mitgetragen wurde. Da ein solcher Frieden für Israel aber ein gewisses Maß an Sicherheit garantierte, galt er bislang als strategisch „wichtigstes Element nach den besonderen Beziehungen zu den USA“, wie es ein Kommentator ausdrückte.

Dies ist nun in Frage gestellt, da nicht abzusehen ist, ob sich – je nach weiterer Entwicklung - zukünftige Regierungen an die Friedensvereinbarungen halten. Mit Sorge werden deshalb auch Stimmen in Ägypten wahrgenommen, die die Rücknahme des Friedensvertrages fordern.

Eine weitere Sorge ist, dass die (bisher ohnehin nicht als ausreichend betrachtete) Unterbindung des Waffenschmuggels in den Gazastreifen und der bisherige Dialog in Sicherheitsfragen nun abbrechen könnte.

Dazu kommt, dass Israel 40% seiner Stromproduktion aus Erdgas gewinnt, wovon ca. 50% aus Ägypten geliefert werden. Für die Zukunft war geplant, dass Israel zusätzlich weiteres Gas von Ägypten kauft. Die Gaslieferungen (welche durch den Nord-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

sinai führen) waren bisher von Ägypten nie in Frage gestellt worden, selbst nicht in Zeiten höchster Spannungen, etwa während der israelischen Militärintervention im Gazastreifen. Aus Furcht vor weiterer Instabilität in der Region mit Auswirkungen auf Israel gingen die israelischen Börsenindizes deutlich zurück.

Die Entwicklung hat auch Auswirkungen auf zukünftige Friedensverhandlungen, insbesondere mit den Palästinensern - vor allem dann, wenn es um die Aufgabe von Territorien geht, d.h. aus israelischer Perspektive um potentielle Kompromisse in Sicherheitsfragen. Die Möglichkeit eines Regierungswechsels mit ungewissem Ausgang, wie nun in Tunesien und Ägypten zu beobachten, muss für viele in Israel nun noch stärker in strategische Überlegungen einbezogen werden. Dies macht zukünftige Verhandlungen und Arrangements nicht einfacher.

Ägypten spielt zudem eine zentrale Rolle als Vermittler im Friedensprozess und hat eine zentrale Rolle für die innerpalästinensische Aussöhnung, insbesondere zwischen Fatah und Hamas. Auch wenn die weitere Entwicklung kaum absehbar ist, so dürfte Ägypten in absehbarer Zeit vor allem mit sich selbst beschäftigt sein.

Auch wenn die konkreten Ereignisse der letzten Tage, die spontane Protestwelle und der schnelle Abgang der bisherigen Regierung in Ägypten unerwartet kamen, so haben doch politische Analysten in Israel schon seit einiger Zeit auf den Trend hingewiesen, dass sich das strategische Umfeld Israels fundamental wandelt. Dabei geht man von einer weiteren Schwächung von moderaten Regierungen in der arabischen Welt aus, die zunehmend in Spannung mit ihren Bevölkerungen geraten. Viele Beobachter befürchten ein entstehendes Machtvakuum. Schon jetzt nutzen nicht-arabische Kräfte wie die Türkei und der Iran die Entwicklung, um den eigenen Einfluss in der arabischen Welt stark auszubauen. Aus israelischer Perspektive ist deshalb nicht ausgeschlossen, dass dieser Einfluss angesichts der Entwicklungen weiter zunimmt. Dies hat Auswirkungen auf das weitere Umfeld im Nahen Osten, aber unmittelbar auch auf die

Spannungen mit der gerade im Libanon aus den aktuellen Entwicklungen gestärkt hervorgegangenen Hizbullah, sowie im Gazastreifen mit der Hamas, die kontinuierlich ihre Kapazitäten ausbauen.

Auch hier wird wahrgenommen, dass sich die radikalen Kräfte, wie etwa die Muslimbrüder in Ägypten, bei den Demonstrationen (zunächst) auffallend zurückhalten. Für Israel stellt sich die Frage, welche Kräfte in Zukunft die Geschicke des wichtigen Nachbarlandes Ägyptens bestimmen. Wichtig ist für Israel in jedem Fall, vor allem den strategisch wichtigen Friedensvertrag mit Ägypten und Stabilität zu erhalten.

PD DR. MARTIN BECK, LÉA COLLET

Reaktionen aus Jordanien

Die Absetzung der Regierung durch König Abdullah

Angesichts des anhaltenden Drucks der Proteste gegen die Regierung Samir Rifa'is hat der König am 1. Februar die Regierung abgesetzt und den ehemaligen Ministerpräsidenten Marouf al-Bakhit als Regierungschef eingesetzt und mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. In der offiziellen Erklärung hieß es, dass die neue Regierung sowohl ökonomische als vor allem auch "echte" politische Reformmaßnahmen durchführen solle, um die Modernisierung und Entwicklung Jordaniens voranzubringen und eine aktivere Partizipation der Bürger an der politischen Entscheidungsfindung zu garantieren. Diese Reaktion König Abdallahs II. auf die Proteste in Jordanien deutet zum einen darauf hin, dass er die politische Situation im Königreich als ernstzunehmende Krise wahrnimmt, zeigt zum anderen aber auch, dass er diese mit einem altbewährten Mittel, dem Austausch der Regierung, zu bearbeiten trachtet. Die Ernennung des ehemaligen Generals Marouf al-Bakhit wurde vielerorts sofort heftig kritisiert, insbesondere von der Islamischen Aktionsfront. Bakhit gilt einerseits zwar als erfahrener Politiker, andererseits steht er bei vielen Jordaniern aber auch für eine Politik, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRTINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

nach den verheerenden Bombenattentaten auf jordanische Hotels im November 2005 sicherheitspolitische Probleme primär mit autoritären Maßnahmen bearbeitet und die Parlamentswahlen 2007 stark manipuliert hat. Es wird deshalb befürchtet, dass er für eine Agenda politischer Reformen gerade nicht die richtige Wahl darstellt.

Die sich überstürzende politische Entwicklung in Tunesien seit Dezember 2010 kulminierte vorläufig im Sturz des jahrzehntelangen Diktators Ben Ali, seiner Flucht nach Saudi-Arabien und der am 27. Januar 2011 erfolgten Ausstellung eines internationalen Haftbefehls gegen ihn durch die Justizbehörden der Übergangsregierung in Tunesien. Am 1. Februar fand in Kairo ein „Marsch der Millionen“ statt, der unverhohlen den Rücktritt Mubaraks forderte. Zwar ist die moderne arabische Geschichte durchaus reich an politischen Umstürzen, doch alle bisherigen Ereignisse dieser Art richteten sich entweder gegen koloniale Regime, und/oder es handelte sich um „Revolutionen von oben“, d.h. um politische Wandlungsprozesse, die von Teilen der politischen Elite gelenkt wurden und dementsprechend sofort in autoritären Bahnen verliefen. Die jüngsten politischen Entwicklungen sind hingegen „von unten“ angestoßen. Damit besteht zwar keine Garantie, aber zumindest die Möglichkeit, dass erstmals in der arabischen Welt Demokratisierungsprozesse eingeläutet worden sind. Im Folgenden geht es darum, die Konsequenzen für Jordanien zu diskutieren und die Frage aufzuwerfen, welche Schlussfolgerungen westliche Außenpolitik im Hinblick auf das haschemitische Königreich ziehen sollte.

Bereits bevor deutlich wurde, dass das ancien régime in Tunesien gestürzt werden würde, gab es seit dem 14. Januar 2011 zahlreiche kleine Protestbewegungen in Amman und anderen Städten Jordaniens, um gegen Korruption, die steigenden Rohstoffpreise, die Steuer- und Wirtschaftspolitik der Regierung und die hohe Arbeitslosigkeit zu demonstrieren. Mit der wachsenden Resonanz auf die Demonstrationen in Tunesien sympathisierten dann auch immer mehr jordanische Oppositionelle mit den tunesischen Demonstranten und kritisierten

offen die Politik der jordanischen Regierung. Auf der Demonstration vom 21. Januar 2011, bei der sich ca. 4.000 bis 5.000 Bürger Ammans nach dem Freitagsgebet versammelten, um ökonomische Veränderungen zu fordern, wurde die Regierung von Premierminister Samir Rifa'i zum Rücktritt aufgefordert. Daneben sollen ca. 1.400 weitere Bürger in anderen Städten, vornehmlich im Norden des Landes (Zarqa, Irbid), protestiert haben. Im Vorfeld hatte die Regierung bereits am 11. und 20. Januar in zwei Schritten Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen, zuletzt ein Paket in Höhe von 283 Mio. US-Dollar zur Erhöhung der Beamtengehälter, angekündigt. Gewerkschaftsführer Maisarah Malas kritisierte diese Maßnahmen als kurzfristige Ruhigstellung und klagte umfassende Reformen ein. Allerdings begrüßte nach Angaben der regierungsfreundlichen Jordan Times vom 26. Januar selbst die oppositionelle „Sozialistische Linke“ die aktuellen Regierungsmaßnahmen vom 11. Januar und mahnte lediglich an, dass die Regierung noch mehr tun solle.

Gemeinsamkeiten mit Tunesien und Ägypten

Jordaniens Arbeitslosigkeit wächst. Offizielle Zahlen beziffern sie auf 14 %, inoffiziellen Schätzungen zufolge ist von einer Quote von bis zu 30% auszugehen. Wie auch in Tunesien und Ägypten sowie der arabischen Welt mit seiner hohen Geburtenrate überhaupt betrifft das Problem der Arbeitslosigkeit auch in Jordanien in besonders hohem Maße die junge Generation: Von 6 Millionen Einwohnern Jordaniens sind 70% jünger als 30 Jahre, wobei sich in zunehmendem Maße auch besser Qualifizierte der Gefahr von Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlten Jobs ausgesetzt sehen. Spannungen existieren vor allem in den urbanen Ballungsräumen, zunehmend auch in der Hauptstadt Amman - einer der teuersten Städte des Nahen Ostens überhaupt, in der das tägliche Überleben für Bezieher eines durchschnittlichen Einkommens eine wirkliche Herausforderung darstellt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

Strukturelle Ähnlichkeiten mit Tunesien und Ägypten liegen auch insofern vor, als die Politisierung der sozialen Probleme über den verbreiteten Vorwurf schlechter Regierungsführung und von oben geförderter Korruption verläuft. In weiten Teilen der jordanischen Bevölkerung herrscht eine tiefe Frustration über zentrale Institutionen des politischen Systems, insbesondere Regierung und Parlament, die sich regelmäßig in mehr oder minder gut belegten Anschuldigungen und Gerüchten über Korruptionsfälle niederzuschlagen.

Wie auch in Ägypten werden die Proteste in Jordanien nicht durch die etablierte Opposition - in beiden Ländern die Muslimbruderschaft bzw. deren Abkömmlinge - angeführt. Dies ist allerdings kaum so zu werten, dass sie den Kampf gegen die Regime Jordaniens bzw. Ägyptens aufgegeben hätten. Vielmehr scheinen sie im Vertrauen auf ihre überlegenen Organisationskapazitäten abzuwarten, wie und in welche Richtung sich die sozialen Proteste entwickeln. Taktisch scheint Einvernehmen zu bestehen, dass die Proteste nicht (zu früh) als Ausdruck islamistischer Opposition erscheinen sollen, um den Regimen keine Handhabe zu geben, gegen deren Organisationen vorzugehen. Gleichzeitig nahm der jordanische Oppositionsführer Hamza Mansour von der Islamischen Aktionsfront die Proteste zum Anlass, eine weitreichende Reform des politischen Systems zu fordern: Der König solle sich auf grundsätzliche Leitlinien der Politik fokussieren, und der Ministerpräsident solle in Zukunft direkt vom Parlament bestellt werden.

Dominoeffekt?

Die Proteste in Jordanien basieren auf strukturellen Problemen, die teilweise denen in Ägypten und Tunesien ähnlich sind, und die Solidarität der Jordanier mit ihren arabischen „Brüdern und Schwestern“ ist ausgeprägt. Gleichwohl gibt es in Jordanien bisher keine weiteren Hinweise auf einen bevorstehenden Systemsturz: Das Ausmaß der sozialen Proteste ist weitaus geringer, und sie richten sich ausschließlich gegen die Regierung, nicht aber gegen den König als Herrscher und obersten Repräsentanten des autoritären Systems.

Im Unterschied zu den Regimen Tunesiens und Ägyptens, die ihre Legitimitätsbasis in früheren Modernisierungs- und Transformationsprozessen von traditionellen sozialen Gruppierungen auf moderne Mittel- und Oberschichten hin verschoben haben, verfügt das jordanische Königshaus mit der von Stammesstrukturen geprägten Bevölkerung auf dem Lande über einen starken sozialen Rückhalt. Dieser durch das bestehende Wahlgesetz, vor allem aber auch eine hohe Repräsentanz im Sicherheitsapparat politisch privilegierte transjordanische Teil des haschemitischen Königreiches ist dem König gegenüber absolut loyal. Im jordanischen Fall ist also nicht absehbar, dass Sicherheitskräfte und Militär zu einer Destabilisierung des Regimes beitragen könnten.

Nicht zu unterschätzen sind auch die Unterschiede im Charakter der politischen Systeme. Während Ben Ali und Mubarak stark repressive Regime aufgebaut haben, zeichnet sich das autoritäre System Jordaniens im Umgang mit Opposition durch eine höhere Flexibilität aus. Dies lässt sich gut an den Wahlen in Jordanien vom 9. November und in Ägypten vom 28. November 2010 illustrieren: Beide Urnengänge wurden vom Regime manipuliert, während dies aber in Ägypten in brutaler und offener Form geschah, behielt das jordanische Regime durch eine geschickte Politik begrenzter Zugeständnisse die Oberhand. Nachdem der König das Parlament im November 2009 aufgelöst hatte, gelang es der Regierung, die politische Agenda im darauffolgenden Jahr durch die Debatte über ein neues Wahlgesetz zu setzen. Das neue Wahlgesetz brachte zwar keine grundlegenden Änderungen, aber einige kleinere Zugeständnisse, und vor allem konnte das Regime den Urnengang selbst ohne massive Interventionen abhalten lassen und dabei sogar eine rudimentäre Form der Wahlbeobachtung zulassen.

Wie sollte deutsche und europäische Außenpolitik reagieren?

Die Stabilität des jordanischen Königshauses ist nicht unmittelbar gefährdet. Die grundlegenden Probleme, die in Tunesien und Ägypten die politischen Systeme ge-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

NAHER OSTEN

THOMAS BIRRINGER
DR. OLIVER ERNST
FELIX DANE
JÖRG KNOCHA
DR. LARS HÄNSEL
PD DR. MARTIN BECK
LÉA COLLET

1. Februar 2011

www.kas.de

stürzt bzw. deren Überleben in Frage gestellt haben, existieren freilich auch in Jordanien, allen voran eine rasch wachsende junge Bevölkerung, deren Entfaltungsmöglichkeiten durch die krisenhafte sozioökonomische Entwicklung blockiert wird. Das Regime Abdallahs II. teilt mit jenen Ben Alis und Mubaraks zwar den autoritären Charakter, hat sich in der Vergangenheit aber weniger als diese auf Repression gestützt und sich im Umgang mit Opposition als flexibler erwiesen. Wie alle autoritären Regime leidet also auch das jordanische zwar an Legitimitätsdefiziten, verfügt aber über vergleichsweise hohe Potentiale, diese auch in Zeiten schwieriger Herausforderungen zu managen.

Da das jordanische Regime seit Jahrzehnten von Hilfszahlungen von außen, insbesondere aus der Golfregion und dem Westen, abhängig und bei deren Einwerbung sehr versiert ist, steht zu erwarten, dass das Regime die aktuellen Turbulenzen im Nahen Osten nutzen wird, um unter Verweis auf seine stabilisierende Rolle im Nahen Osten um höhere Transferzahlungen zu werben. Der Westen sollte dies zu einer Schärfung seiner Konditionierungspolitik nutzen. Die Vergabe westlicher Hilfsleistungen sollte daran geknüpft werden, strukturelle Reformen in Jordanien zu befördern. Angesichts der Erfahrungen seit der Übernahme der Herrschaft durch König Abdallah II. sollte der Fokus auf politischen Reformen legen, denn seit Jahren hat dieser eine Politik der ökonomischen Liberalisierung mit einer politischen De-Liberalisierung kombiniert. Dabei sollte sich der Westen zunutze machen, dass die Entwicklungen in Tunesien und Ägypten die jordanische politische Elite für die Notwendigkeit von Reformen sensibilisiert haben dürften. Allerdings steht gleichzeitig zu befürchten, dass das Regime dennoch weiterhin dazu neigt, primär auf Veränderungen im ökonomischen Bereich zu setzen, um seine Herrschaftsprivilegien nicht zu gefährden. Deutschland und Europa sollten sich einer solchen Strategie entgegenstellen und verdeutlichen, dass eine erfolgreiche ökonomische Modernisierung auch politische Veränderungen erfordert. Insbesondere geht es hierbei um eine Demokratisierung des jordanischen Wahlrechts

sowie die Förderung von Rechtsstaatlichkeit. Um diese Ziele zu erreichen, sollte auch verstärkt mit der jordanischen Zivilgesellschaft kooperiert werden.